



Der Speck muss weg

Droht in der Steiermark ein Gesundheits-Kahlschlag?

Seite 4-5

Foto: unsplash



Die KPÖ Steiermark wünscht einen schönen Sommer

Pflege in Gefahr

„Pflege wird zur Fließbandarbeit degradiert!“ Pflegekraft Michaela Bigler spricht im Interview über den Alltag in der Pflege. Seite 8 bis 9



Bei wem die Regierung wirklich kürzt

KPÖ-Landtagsabgeordneter Alexander Melinz deckt auf, wen die Kürzungen der Landesregierung am meisten treffen. Seite 9



ZITIERT

Ständig werden wir aufgefordert, für oder gegen etwas ein Zeichen zu setzen. Das klingt gut, aber was bedeutet es, wenn ernsthafte Politik durch Posen und das Denken durch symbolische Gesten ersetzt wird? — Philosoph Konrad Paul Liessmann, Kleine Zeitung, 9. Mai 2026

Es ist problematisch, wenn in Medien und im politischen Diskurs nur mehr eine Position vorherrscht. Warum werden nie andere Militärs eingeladen, die eine weniger alarmistische Sicht vertreten? Warum keine Friedensforscher:innen, Spezialist:innen für soziale Verteidigung und Vertreter der Neutralität? Warum bekommt das Friedensdenken keine Chance? — Friedenspädagogin Werner Wintersteiner über die Kriegstreiber in den Medien, Kleine Zeitung, 3. Juni 2026

Alles, was der Öffentlichkeit abgenommen oder ertschleppert wird, ist Diebstahl. Was jeder im Leben braucht – Pflege, Schulen, Kinderbetreuung, Gesundheitseinrichtungen, Wasser und vieles mehr – muss im Eigentum der öffentlichen Hand bleiben. Wie wichtig das ist, begreift man oft erst, wenn die Zeiten schlechter sind. — Elke Kahr, Kleine Zeitung, 31. Mai 2026

Man könnte Konzerngewinne wieder normal besteuern. Man könnte große Erbschaften besteuern. Man könnte dort sparen, wo wirklich viel zu holen ist. Stattdessen kratzt man bei Haushalten den letzten Cent aus der Sofaritze und rollt großen Unternehmen den roten Teppich aus. — Barbara Blaha, Leiterin des Momentum Instituts, über das Bundes-Sparpaket, Kleine Zeitung 6. Mai 2026

KLEIN, aber MIT BISS



Besser bezahlte Politiker sollen weniger korrupt sein. Da lachen ja die Hühner. Manche können nämlich nie genug haben.

Der soziale Weg in

Das „gallische Dorf“ Graz hält stand – und wie! Mit 35,7 % hat die KPÖ die Gemeinderatswahl in der Landeshauptstadt klar gewonnen. Elke Kahr wird Bürgermeisterin bleiben. Sie konnte sogar noch einmal deutlich zulegen, während Regierende überall sonst abgestraft werden. Was machen die Kommunist:innen in Graz also anders?

Die KPÖ beweist seit Jahren, dass es eine echte Alternative zum neoliberalen Einheitsbrei gibt: Um sich nicht von der Bevölkerung abzuheben,

gibt es bei der KPÖ – als einziger Partei – eine Gehaltsobergrenze. **Elke Kahr** bekommt als Bürgermeisterin 9.261 Euro netto. Davon behält sie sich 2.300

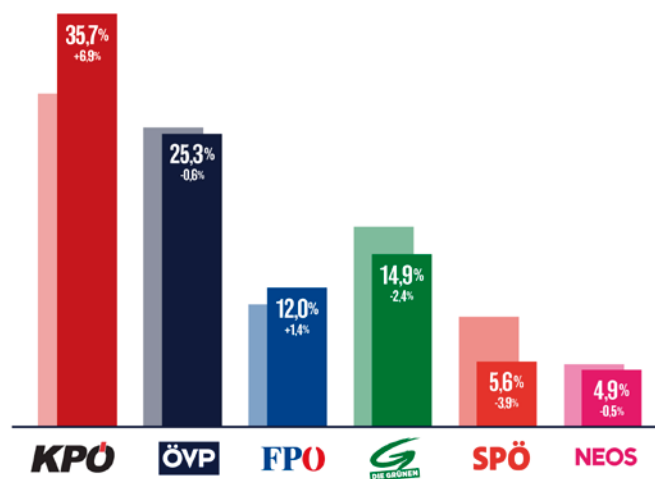
Euro. Mit dem großen Rest hilft sie Menschen in Notlagen, die in ihre Sprechstunden kommen. Über 1,3 Millionen Euro hat sie so in den letzten 20 Jahren umverteilt. „Niemand von uns ist in die Politik gegangen, um reich zu werden“, bringt es die Grazer Stadtchefin auf den Punkt.

Während auf Landes- und Bundesebene ein Kürzungspaket das nächste jagt, geht die KPÖ in Graz einen anderen Weg: Nicht immer die breite Masse belasten, sondern zuerst bei sich selbst sparen! So wurden die Klubgelder für die Parteien schon drei Mal gekürzt, und in den „Graz hilft“-Fonds umgeschichtet. Oder auch beim Wohnen: In mehreren obersteirischen Gemeinden werden Gemeindewohnungen verkauft. In Graz hat die KPÖ allein in der letzten Periode über 400 neue Gemeindewohnungen gebaut.

„Die Grazerinnen und Grazer konnten sich in den letzten Jahren ein Bild davon machen, wie es ist, wenn die KPÖ regiert. Ihr Urteil an der Wahlurne war eindeutig: Eine starke Kommunistische Partei ist gut für die Menschen!“, so **Alexander Melinz**, Landesvorsitzender der KPÖ Steiermark.

GRAZ HAT GEWÄHLT!

Das Ergebnis:



Kindergärten: Sie „sparen“ schon bei den Kindern

Größere Gruppen, weniger Platz, gestrichene Förderung – so sehen die Eckpunkte der Novelle des Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes aus, das in der Juli-Landtagsitzung gegen die Stimme der KPÖ beschlossen wurde. Damit hat die blau-schwarze Landesregierung hunderte kritische Stellungnahmen aus der Praxis demonstrativ ignoriert und die Gesetzesänderung geht somit an den realen Problemen in den steirischen Kinderbildungs- und

betreuungseinrichtungen völlig vorbei. Obwohl von einer rein baulichen Novelle die Rede ist, enthält sie mehrere Maßnahmen mit unmittelbaren Auswirkungen auf die pädagogische Qualität. Verbesserungen für Kinder, Eltern oder Beschäftigte sucht man hingegen vergeblich.

Mehr als 500 Stellungnahmen aus der Praxis wurden ignoriert, pädagogische Expertise bewusst ausgeblendet und die unmittelbar Betroffenen vor vollendete Tat-

sachen gestellt. Wer so vorgeht, hat kein Interesse an guter und qualitativer Kinderbildung und -betreuung, sondern daran, Kritik möglichst rasch vom Tisch zu wischen. Besonders alarmierend ist, dass diese Novelle keine einzige Maßnahme enthält, die den Kindern zugutekommt. Stattdessen bedeutet sie größere Gruppen, schlechtere Rahmenbedingungen und zusätzliche Belastungen für das Personal. Das ist ein klarer Rückschritt, der für die KPÖ nicht akzeptabel ist.

n Graz geht weiter



Elke Kahr konnte sich über einen schönen Wahlerfolg in der Landeshauptstadt freuen.

Ein Leben lang hart gearbeitet – trotzdem zu wenig Pension

Frauen in der Steiermark bekommen rund 41 % weniger Bruttopension als Männer. Ab August bekommen Pensionistinnen rein rechnerisch bis zum Jahresende keine Pension mehr.

Das liegt am sogenannten „Gender-Pension-Gap“, also der geschlechtsspezifischen Lücke bei den Pensionseinkommen zwischen Frauen und Männern. Diese Lücke verkleinert sich von Jahr zu Jahr nur minimal um etwa 0,4 Prozentpunkte. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, erhalten Frauen erst im Jahr 2116 gleich viel Pension wie Männer.

Die hohe Teilzeitquote, der Gender-Pay-Gap und die ungleiche Verteilung der unbezahlten Arbeit wirken sich auf die Pensionshöhe aus. Die Konsequenz ist Altersarmut. Mehr als 160.000 Pensionistinnen sind davon betroffen. Damit sind mehr als zwei Drittel der Menschen in Altersarmut weiblich.

Frauen arbeiten oft ihr ganzes

Leben hart in schlecht bezahlten Berufen und zahlen dafür spätestens in der Pension den Preis. Diese Ungerechtigkeit ist kein Zufall. Sie ist tief im kapitalistischen System verwurzelt. Der Kapitalismus braucht die unbezahlte Arbeit von Frauen.

Um den „Gender-Pension-Gap“ zu schließen, braucht es gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit, gerechte Aufteilung unbezahlter Care-Arbeit, flächendeckende und kostenloser Kinderbetreuung, bessere Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten bei der Pension, verpflichtende Väterkarenz sowie Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich.



KOMMENTAR



von Claudia Klimt-Weithaler,
KPÖ-Klubobfrau
im Landtag Steiermark

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?

Durch eine neue EU-Richtlinie sollen Unternehmen künftig offenlegen, wieviel Mitarbeiter:innen für welche Arbeit verdienen. Denn wir wissen ja, dass der Gender-Pay-Gap meist dort entsteht, wo Löhne und Gehälter intransparent sind und Unterschiede zwischen Männern und Frauen unsichtbar bleiben.

Für die Industriellenvereinigung scheint diese Richtlinie allerdings überflüssig zu sein. Präsident Georg Knill meint nämlich, Unternehmen würden ohnehin bereits dafür sorgen, dass gleiche Arbeit gleich bezahlt wird. Das Kollektivvertragssystem garantiere seiner Ansicht nach geschlechtsneutrale und transparente Lohngruppen. Da stellt sich mir allerdings die Frage: Wenn ohnehin alles so fair abläuft, warum gibt es dann nach wie vor deutliche Einkommensunterschiede?

Besonders irritierend wird es, wenn Knill in diesem Zusammenhang von einer sogenannten „Gold-Plating-Forderung“ spricht – also davon, zusätzliche Vorgaben zu schaffen, die nicht notwendig seien. Wenn der Präsident der Industriellenvereinigung Maßnahmen zur Schließung des Gender-Pay-Gap als überflüssiges Extra bezeichnet, na dann gute Nacht!

Herr Knill, wenn wir uns auf Ihre Aussagen verlassen sollen, dann sind wir bereits verlassen. Denn das ist nicht nur schlecht umgesetzt, sondern auch schlecht gemeint – vor allem für die Frauen in Österreich!

Droht ein Gesundheits-

Finanzlandesrat Ehrenhöfer (ÖVP) sucht nach Möglichkeiten, um zu „sparen“. Im Visier hat er auch die öffentliche Gesundheitsversorgung. Den Weg dazu soll ein „externer Berater“ ebnen. Doch wofür steht dieser?

Bereits im letzten Jahr ist die blau-schwarze Landesregierung mit dem Rotstift quer über die Ressorts gefahren. Dabei wurden tiefe Einschnitte hinterlassen, bei Sozialem, Kultur, Bildung, aber auch – entgegen aller Versprechen der FPÖ – im Gesundheitswesen.

Privater Berater gegen unser Gesundheitssystem?

Noch vor der Wahl gaben sich die Freiheitlichen als Beschützer des Gesundheitswesens – die Realität sieht anders aus. Bad Aussee hat de facto seinen Krankenhausstatus verloren, in Bad Radkersburg soll die Orthopädie geschlossen werden und in Bruck an der Mur sperrt die unfallchirurgische Akutambulanz zu – um nur einige Beispiele zu nennen. Dabei wird es aber nicht bleiben.

Bereits im Dezember hat es in Graz Proteste gegen die Kürzungen im Gesundheitswesen und Spitalschließungen gegeben.



Um noch mehr „Sparpotenzial“ im öffentlichen Gesundheitssystem zu finden, wurde sogar ein externer Berater eingesetzt. Sage und schreibe 100.000 Euro gibt die Landesregierung dafür aus, weitere Kürzungen vorzubereiten und den Spitalsabbau fortzusetzen. Genau das sind nämlich die Rezepte des Gesundheitsökonom Christian Köck. Einem alten Bekannten

(siehe unten), der viele Jahre im privaten Gesundheitsbereich sein Geld gemacht hat und eine Vorgeschichte mit der Steiermark hat. Sein Honorar ist zudem rund dreimal so hoch, wie das, was das Land dem WIFO oder der Uni Graz für Beratungen zahlt.

„Den Speck wegschneiden“

Was dieser einberufene Berater über das öffentliche

Gesundheitssystem denkt, machen vergangene Aussagen Köcks deutlich. Die öffentliche Gesundheit sei „ein fettes Schwein, dem man an beiden Seiten einige Scheiben abschneiden kann“ (siehe Zitatspalte). „Wenn ich mir die monatelangen Wartezeiten auf Operationen, fehlende Kassenärzt:innen und Pflegekräfte am Limit ansehe, dann frage ich mich: Wo soll denn da noch

Köck: Die Rückkehr eines umstrittenen Beraters

Christian Köck ist in der Steiermark kein Unbekannter. Er war bereits in der Vergangenheit als Berater im steirischen Spitalswesen tätig. Parallel dazu hat er mit einer Investorengruppe Reha-Einrichtungen übernommen und so private und öffentliche Interessen vermischt.

2002 wurden auf Antrag der ÖVP Köck, Ebner und Partner von der Landesregierung beauf-

tragt, Einsparungsmöglichkeiten bei den öffentlichen Spitalern zu erarbeiten. Passieren sollte das durch Zusammenlegungen und Schließungen. Im Zuge dessen schlugen sie vor, das Management der KAGES auszulagern, um den Einfluss der Ärzteschaft zu verringern. Praktischerweise stellten sie sich gleich selbst als Manager zur Verfügung. In Folge schloss das Land mit der damaligen HCC-KrankenhausbetriebsführungsAG von Köck einen Management- und Beratungs-

vertrag ab. Vertragsgegenstand: Die Geschäftsführung und Umstrukturierung der Krankenanstaltengesellschaft.

Gleichzeitig war ein Firmengeflecht um Köck (mit im Boot finanzkräftige Investoren wie STRABAG/Haselsteiner und Porr/Hospitals ProjektentwicklungsgmbH) in Bad Gleichenberg aktiv, um den Thermen-, Reha- und Kurbetrieb zu übernehmen. Land Steiermark und Bund steuerten Millionenbeträge an Förderungen bei – ohne

nennenswerte Sicherheiten. Millionen sind dabei versickert.

Diese Unvereinbarkeiten – einerseits die Tätigkeiten rund um die öffentlichen Krankenhäuser, andererseits die Geschäfte im privaten Reha-Bereich – kamen ans Licht der Öffentlichkeit. Die Landesregierung sah sich zum Handeln genötigt: Das KAGES-Management wurde nicht an Köck und Partner ausgelagert, das Vertragsverhältnis mit Köck wurde gelöst.

Kahlschlag?

Speck weggeschnitten werden?“ kritisiert KPÖ-Landtagsabgeordneter **Alexander Melinz**. Das ist aber nicht das einzige Problem am neuen Berater der Landesregierung.

Vermischung von privaten und öffentlichen Interessen

Seit mehreren Jahrzehnten ist Köck wesentlicher Akteur im Bereich privater Spitäler und Reha-Einrichtungen. Investoren im Hintergrund waren unter anderem die Haselsteiner Privatstiftung, STRABAG, PORR und Raiffeisen, aber auch die Köck-Privatstiftung. ÖVP-Landesrat Ehrenhöfer hat groß verkündet, mit einem Berater wie Köck „eine neutrale und unbefangene Ansicht“ zu erhalten. Für die KPÖ ist jedoch klar: Dass die Landesregierung ausgerechnet auf die Ratschläge eines Mannes setzt, der stets vom privaten Gesundheitsmarkt profitiert hat, ist eine ernste Gefahr für das öffentliche Gesundheitssystem und die Versorgung der Steirer:innen. Die Aussagen Köcks deuten auf ein Rezept hin: weitere Zusammenlegungen und Schließungen, eine Ausdünnung der kostenlosen Gesundheitsversorgung.

„Jeder weiß: Was beim öffentlichen Gesundheitssystem

‚weggeschnitten‘ wird, lässt die Kassen im privaten Geschäft mit der Gesundheit klingeln. Dass FPÖ und ÖVP hier keinen Interessenskonflikt erkennen können, ist bezeichnend“, fügt **Melinz** hinzu. Die KPÖ kritisiert auch den Zugang zu allen Daten des öffentlichen Gesundheitssystems durch einen Berater, der auch im privaten Bereich Interessen hat. Das Land kann nicht garantieren, dass hier klar getrennt wird.

Christian Köck im Originalton:

„Das Gesundheitssystem ist ein fettes Schwein, dem man an beiden Seiten einige Scheiben abschneiden kann“, *SZ*, 11.5.2010

„Die letzten acht Tage auf der Intensivstation, wenn der Arzt schon weiß, dass ein Patient nicht überleben wird und die Patienten schon selbst nicht mehr wollen: Da ist enormes Sparpotenzial drin.“, *Der Standard*, 2.5.2007

„Kleinere Spitäler sollte man aus Kostengründen überhaupt sperren.“, *Der Standard*, 31.10.2007.

Widerstand wirkt:

14.168 Stimmen für gute Pflege

Dass die Landesregierung im Gesundheits- und Pflegebereich nicht vor Einschnitten und Kürzungen zurückschreckt, wurde bereits vor wenigen Monaten sichtbar. Anfang des Jahres stand nämlich eine Verschlechterung des Pflegepersonalschlüssels in steirischen Pflegeheimen im Raum – mit gravierenden Folgen für pflegebedürftige Menschen und Beschäftigte. Doch der breite Widerstand der KPÖ gegen diese Verschärfung hat Wirkung ge-

zeigt: Mehrere Protestaktionen, eine Demonstration in Graz und eine Petition mit mehr als 14.000 Unterschriften konnten die Landesregierung vorerst von ihren Plänen abbringen. Die Petition wird nun dem Landtag überreicht und im Herbst im Petitionsausschuss behandelt. An diesem Beispiel sieht man: Wenn sich viele Menschen gemeinsam gegen Verschlechterungen wehren, lässt sich politischer Druck aufbauen und Kürzungen können verhindert werden.

LANDESBUDGET

Was droht im Herbst?



KPÖ-Labg. Alexander Melinz kritisiert die Landesregierung scharf.

„Man muss den Speck weg-scheiden!“ Mit dieser wenig eleganten Wortwahl hat ÖVP-Finanzlandesrat Ehrenhöfer eine Vorschau darauf gegeben, was die Steirerinnen und Steirer mit dem im Herbst zu beschließenden Landesbudget erwarten wird. Spannend ist allerdings, was für den Landesrat der vielbeschworene „Speck“ ist. Da wird folgendes genannt: Die Kinder- und Jugendhilfe, der Behindertenbereich, die Kinderbildung und -betreuung oder die Musikschulen. Worüber er sich offenbar keine Gedanken macht, ist, was weitere finanzielle Streichungen in diesem Bereich für die Menschen bedeuten.

Bei Förderungen wird es ein weiteres Mal massive Einschnitte geben. Das betrifft Vereine, Jugendzentren, kleine Kultur-

initiativen. Aber auch in der Daseinsvorsorge sieht es düster aus. Besonders betroffen von den Kürzungen soll nämlich der Gesundheitsbereich sein, wo die Landesregierung sich extra einen Berater um über hunderttausend Euro ins Boot geholt hat, um Einschnitte vorzuschlagen. Sein Honorar ist ein vielfaches der Fördersummen, die anderswo gestrichen werden.

Wird dieser Kurs fortgesetzt, werden zunehmend Dinge verschwinden, die in unserem Land eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollten: Ein gutes Angebot für unsere Kinder, eine breite Vereinslandschaft mit sportlichen und kulturellen Angeboten, eine soziale Absicherung für alle Menschen und eine gut erreichbare Gesundheitsversorgung.



Der Arbeitskreis Gesundheit und Pflege der KPÖ Steiermark mit den gesammelten Unterschriften.

Neutralität: Meisl-Reisinger probt den Verfassungsbruch

Die Außenministerin Österreichs, Beate Meisl-Reisinger von den NEOS, ist einmal mehr Wegbereiterin für Aufrüstung und Kriegspropaganda.

In einem Podcast erklärte sie, in Europa gäbe es keine Neutralität, sondern Solidarität. Bereits bei einer Veranstaltung zum sogenannten „Europatag“ Anfang Mai forderte die Außenministerin, dass Europa eine Weltmacht werden müsse. Dazu weiß sie auch, was nötig ist: Gemeinsame Beschaffung von Rüstungsgütern, der Aufbau einer EU-Rüstungsindustrie und konsequenterweise eine gemeinsame europäische Armee.

Angriff auf das Einstimmigkeitsprinzip

Und gleich in einem Aufwaschen forderte sie auch noch das Ende des Einstimmigkeitsprinzips in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik. Ohnehin schon durchlöchert und zermalmt einfach umgangen (letztes Beispiel: Mercosur), soll eines der letzten Instrumente für kleinere EU-Staaten, ihre Interessen zu vertreten, beseitigt werden. Eine Forderung der Außenministerin eines kleinen neutralen EU-Staates!

Die für Österreich so erfolgreichen Jahre aktiver Neutralitätspolitik, die uns zum Ort internationaler Begegnungen gemacht und auch ein Stück aus dem provinziellen Mief heraus-

geholt haben, sind für die heutige Regierung Vergangenheit. Sie sieht die Zukunft Österreichs als kleines Rädchen in einer großen Militärmaschine.

Angriff auf die Neutralität

Es ist nicht neu, dass die NEOS und Außenministerin Meisl-Reisinger Österreichs Neutralität abschaffen wollen. Aber gegen die geltende Verfassung zu behaupten, Österreich habe seine Neutralität bereits aufgegeben, ist für eine Ministerin doch ein starkes Stück.

Ihr „Argument“: Österreichs Beitritt zu den Vereinten Nationen und in die EU hätten die Neutralität des Landes grundlegend verändert. „Wir haben die notwendige Solidarität und unseren Beitrag zu einer europäischen Verteidigungsfähigkeit bis hin zu einer Verteidigungsunion in unserer Verfassung verankert“, bekräftigte Meisl-Reisinger. Warum die UNO hier als angebliche Kronzeugin erhalten muss, weiß sie vermutlich nicht einmal selbst.

EU-Verträge und Neutralität

Der Beitritt zur Europäischen Union hatte Folgen für die österreichische Neutralität. Das ist unbestritten. Die stückweise Aushöhlung dieser beruhte jedoch auf der ständigen Behauptung, der Beitritt und die Unterzeichnung des Vertrags über die EU berührten die militärische Neutralität Österreichs nicht.

Österreich zähle, so Meisl-Reisinger, inzwischen zu jenen Staaten, die eine Operationalisierung von Artikel 42 Absatz 7 des Vertrags über die EU vorantreiben. Der Artikel verpflichtet EU-Mitgliedsstaaten im Falle eines bewaffneten Angriffs auf einen Mitgliedsstaat zum Beistand. Da fragt man sich natürlich: Wer treibt das voran? Denn wenn uns der besagte Artikel

tatsächlich zum militärischen Beistand verpflichten würde, dann wäre der Neutralitätsbruch tatsächlich bereits geschehen. Dann hätten, angefangen beim ehemaligen Außenminister Alois Mock sowie alle Vertreter aller Regierungen Österreichs in den letzten 30 Jahren gelogen.

Die Einschätzung des deutschen Bundestags

Das sehen nicht alle so. In einem Kommentar des deutschen Bundestags zu besagtem Vertragsartikel wird explizit festgehalten, dass der Vertrag eben „nicht zwingend den Einsatz militärischer Mittel umfasst.“ Völlig anders als die österreichische Außenministerin steht der Deutsche Bundestag also auf

dem Standpunkt, Österreichs Neutralität wurde durch den besagten Vertrag sogar explizit ausgenommen. Wenn Meisl-Reisinger dies und damit die Gültigkeit der Verfassung in Frage stellt, überspannt sie deutlich den Bogen dessen, was sie sich als Ministerin erlauben darf.

Neutralität als Solidarität

Wirkliche Solidarität mit Europa – und nicht nur mit der EU – wäre, nicht auf den allgemeinen Kriegszug mit aufzuspringen, sondern die österreichische Neutralität dafür zu nutzen, eine alternative Außenpolitik zu entwickeln, die Frieden und zivilen Interessenausgleich zum zentralen Gegenstand macht.



Stolze 33 Millionen Euro gab die EU-Kommission für eine Werbekampagne aus: „Schützen, was uns wichtig ist“. In der Öffentlichkeit geht es um Meinungsfreiheit, im Hintergrund jedoch um Kriegsvorbereitung. Siehe die Motive oben und unten.



Gemeindewohnungen: Wollen wir Zustände wie im Wilden Westen?

Sämtliche Medien sind sich einig: Der Erfolg der KPÖ in Graz beruht auf dem Fokus der KPÖ auf das Wohntema. Leistbare, sanierte Wohnungen sind für immer mehr Menschen ein entscheidendes Wahlmotiv.

Selbst die Parteizentrale der SPÖ lässt verlautbaren, die KPÖ hätte das „sozialdemokratische Kernthema leistbares Wohnen gekapert“. Die KPÖ geht in Graz mit gutem Beispiel voran: Hunderte Gemeindewohnungen wurden neu gebaut, der Altbestand wird laufend saniert. Zudem gibt es ein Modell der Mietzinszahlung, welches sicherstellt, dass Mieter:innen von Gemeindewohnungen nicht mehr als ein Drittel ihres Haushaltseinkommens für die Wohnkosten aufwenden müssen.

In vielen steirischen Gemeinden, wo die SPÖ regiert, geht man hingegen einen anderen Weg. In Leoben hat man mit Jahresbeginn die Mietbegrenzungen im Gemeindebau abgeschafft, die Wohnungen werden nun zu „marktüblichen“ – also teureren – Preisen vergeben. In Zeltweg wurde ein großer Teil der Gemeindewohnungen verkauft, Kindberg will etliche Gemeindewohnungen privatisieren, und Judenburg möchte sich gar von allen Gemeindewohnungen trennen. Auch Bruck an der Mur ist derzeit auf Käufersuche für einen Gutteil der Gemeindewohnungen. Egal ob SPÖ, ÖVP oder FPÖ, sie alle bekennen sich zum Ausverkauf, obwohl der Bedarf nach leistbarem Wohnraum so groß wie nie zuvor ist.

Welche Folgen hat ein Verkauf?

Privatisierung bedeutet, dass die Gemeinden in Zukunft bei der Wohnungsvergabe abgemeldet sind. In der Regel werden ganze Objekte, nicht einzelne Wohnun-

gen verkauft, alles andere wäre ein Albtraum für die Verwaltung. Das heißt aber auch, dass nicht einzelne Bewohner:innen ihre Wohnung herauskaufen können, sondern dass lediglich „große Fische“, also Genossenschaften oder Immobilienspekulanten, zum Zug kommen.

„Ob bei der Privatisierung der BUWOG-Immobilien oder beim Verkauf von Gemeindewohnungen: Ich kenne keinen Fall, wo es nach dem Verkauf für die Mieterinnen und Mieter besser wurde. Es ist ja logisch: Ein Investor will mit den neuen Wohnungen Geld verdienen und auch eine allfällige Sanierung müsste über eine Mieterhöhung abgewälzt werden“, betont KPÖ-Landtagsabgeordneter **Alexander Melinz**.

Vielfach kommt es nach einer Privatisierung zu Problemen. Besonders Immobilienspekulanten wittern in der Steiermark zunehmend das große Geschäft. Bei der Mieterberatung der KPÖ wurden unzählige Fälle dokumentiert: Undurchsichtige Heizkostenabrechnungen, unhaltbare

Zustände wie Rattenplagen oder Heizungsausfall im Winter – und keine Hausverwaltung, die reagiert, niemand der sich zuständig fühlt. Vielfach weigern sich Vermieter:innen auch, die Kautionsrückzahlung oder verrechnen falsche Positionen in

die Betriebskosten.

„Wer die Gemeindewohnungen privatisieren will, macht für derlei Machenschaften die Tür sehr weit auf. Wollen wir wirklich, dass diese Zustände wie im Wilden Westen immer mehr zunehmen?“ so Melinz.

Es braucht genügend leistbare Gemeindewohnungen.



ÖBB-Fahrdienstleitungen am Abstellgleis? – Kritik an Verlegungsplänen nach Villach

Im Zuge einer geplanten Zentralisierung der ÖBB-Fahrdienstleitungen im kärntnerischen Villach sind bereits zahlreiche Standorte in der Steiermark verloren gegangen. Nun droht auch jene in Graz noch im kommenden Herbst nach Kärnten verlegt zu werden. Darüber hinaus planen die ÖBB, bis spätestens 2027 einen Großteil des steirischen Schienenverkehrs von der Betriebsführungszentrale (BFZ) in Villach aus zu steuern und die dafür benötigten Arbeitsplätze dorthin zu verlagern. Damit fallen nicht nur viele Jobs am Grazer Hauptbahnhof weg, sondern

droht langfristig auch das Berufsbild der Fahrdienstleiter:innen in der Steiermark vollständig zu verschwinden.

Die Zentralisierung hat jedoch nicht nur Auswirkungen auf die Beschäftigten. Gleichzeitig nimmt die Zahl der besetzten Bahnhöfe laufend ab, wodurch persönlicher Service für Fahrgäste immer stärker verloren geht. Dabei sind gerade ältere Menschen auf Ansprechpersonen vor Ort angewiesen. Zudem kann geringere Ortskenntnis dazu führen, dass im Zweifelsfall Entscheidungen aus der Ferne am Computer getroffen werden, die

an den tatsächlichen Gegebenheiten vor Ort vorbeigehen.

„Während die Koralmbahn die Südregion stärkt und den Bahnverkehr rund um Graz enorm aufwertet, ziehen die ÖBB wichtige Arbeitsplätze und Kompetenzen aus der Steiermark ab. Wer ständig von der Stärkung des öffentlichen Verkehrs spricht, darf nicht gleichzeitig jene Menschen und Strukturen abbauen, die tagtäglich für einen sicheren und funktionierenden Bahnbetrieb sorgen. Diese Entwicklung lehnen wir entschieden ab“, kritisiert KPÖ-Landtagsabgeordneter **Alexander Melinz**.

Pflege wird zur Fließbandarbeit de

Seit Jahrzehnten werden in der Steiermark Pflege-reformen angekündigt und Verbesserungen versprochen – passiert ist jedoch viel zu wenig. Ganz im Gegenteil drohen unter der blau-schwarzen Landesregierung nun massive Einschnitte im Pflegebereich. Was das für die Beschäftigten und die Pflegebedürftigen bedeuten würde, erläutert Michaela Bigler, die selbst im Pflege-Langzeitbereich/Demenz arbeitet und Personalvertreterin in einer öffentlichen Einrichtung ist, im Gespräch mit der Volksstimme:



Volksstimme: Die FPÖ-ÖVP Landesregierung hat zuletzt eine Senkung des Pflegeschlüssels ins Spiel gebracht. Was hätte das aus Ihrer Sicht konkret für Pflegekräfte und Bewohner:innen bedeutet?

Michaela Bigler: Eine Senkung des Pflegeschlüssels ist kein harmloser Detailkompromiss, sondern ein rücksichtsloser Angriff auf die Lebensstatik unserer Gesellschaft. Wir dürfen nicht einmal im Ansatz über eine Senkung des Schlüssels sprechen, sondern vielmehr über eine Erhöhung diskutieren. Für Kolleg:innen würde eine Reduktion der PAVO (Personalausstattungsverordnung) noch mehr psychischen und physischen Verschleiß bedeuten und für die Bewohner:innen den Verlust von Würde und Zeit. Pflege wird zur reinen Fließbandarbeit degradiert. Eine Herabsetzung ist eine absolute Verschlechterung. Pflege ist eine hochprofessionelle, unverzichtbare Arbeit, die verlässliche Rahmenbedingungen braucht.

Volksstimme: Pflegekräfte berichten schon jetzt von hoher

Belastung, Zeitdruck und Personalmangel. Wo stoßen Sie im Pflegealltag am häufigsten an Grenzen?

Michaela Bigler: Die größte Grenze ist das Diktat der Uhr. Die Regierungsspitze rechnet in Zahlen, wir Pflegekräfte entscheiden in Sekunden. Wenn drei Glocken gleichzeitig läuten, müssen wir abwägen. Gehe ich zur desorientierten Demenzpatientin, zum sturzgefährdeten Bewohner oder zur sterbenden Frau, die jemanden zum Handhalten braucht? Wir entscheiden im Sekundentakt, wer warten muss, bis die Angst siegt. Dieser psychische Spagat, Mängel auf Kosten der Menschen verwalten zu müssen, ist die größte Herausforderung. Das führt am Ende dazu, dass sich Kolleg:innen völlig erschöpft vom Beruf abwenden oder dem Langzeitbereich dauerhaft den Rücken kehren.

Volksstimme: Die Landesregierung hat einen „Masterplan Pflege“ angekündigt, kon-

krete Inhalte fehlen bisher. Was müsste aus Ihrer Sicht unbedingt Teil einer echten Pflegereform sein?

Michaela Bigler: Ein gelungener Masterplan muss radikal an den Hebeln ansetzen. Pflege ist das Fundament der Gesellschaft. Spart der Staat hier als Systemadministrator, riskieren wir, das gesamte Gebäude einstürzen zu lassen. Wer Milliarden für Rüstung hat, muss Geld für soziale Sicherheit aufbringen. Wir von „Pflege in Bewegung“, dem Arbeitskreis Gesundheit und Pflege, haben daher einen eigenen Masterplan der Pflege erarbeitet und ihn Landesrat Kornhäusl übergeben. Was wir brauchen

ist unter anderem eine proaktive Reform der Personalausstattung, eine sichere Mindestbesetzungen für verlässliche Dienstpläne, radikalen Bürokratieabbau, da jede Minute am PC am Bett fehlt, eine 35-Stunden-Woche bei vollem Gehalt als Jobmotor, steuerfreie Sonn-, Feiertags- und Nachtzulagen sowie die volle Pensionswirksamkeit aller Erschwernisse im Schemabezug.

Volksstimme: Wird in der aktuellen Pflegepolitik aus Ihrer Sicht ausreichend auf die Erfahrungen und Bedürfnisse der Beschäftigten gehört?

Michaela Bigler: Nein, bisher wurde viel zu viel am grünen

Was bisher geschah: Eine Chronik des Widerstan

13. Jänner 2026

Kornhäusl bringt Senkung des Pflegeschlüssels ins Spiel

20. Jänner 2026

Protest vor dem Landhaus.

Dringliche Anfrage im Landtag. Start der Petition „Pflege in Gefahr“

2. Februar 2026

Pressekonzferenz mit Claudia Klimt-Weithaler, Robert Krotzer und Wolfgang Schwab

6. Februar 2026

„Masterplan Pflege“ wird von Landesregierung angekündigt

graduiert

Tisch entschieden. Aber der Druck der Basis wirkt.

Für die im zweiten Halbjahr angekündigte Erarbeitung des Masterplans des Landes wurde uns eine Einladung zur Mitgestaltung bejaht. Die Praxiserfahrung von uns „an der Front“ muss bei diesem partizipativen Prozess endlich handlungsleitend werden.

Volksstimme: Der Gesundheitslandesrat hat zuletzt vorgeschlagen, Pflegeheimbewohner:innen stärker an den Kosten zu beteiligen. Wie bewerten Sie diesen Vorstoß aus Ihrer Perspektive in der Praxis und welche Auswirkungen hätte dieser?

Michaela Bigler: Dieser Vorstoß ist sozial eiskalt. Pflegebedürftigkeit ist unverschuldet. Wer Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet und Steuern gezahlt haben, im Alter noch tiefer in die Tasche greift, betreibt soziale Enteignung. Es kann nicht sein, dass in einem wohlhabenden Land die Betroffenen für die Lücken im System zur Kasse gebeten werden. Wer Geld für Großprojekte hat, darf die Schwächsten unserer Gesellschaft nicht zu Bittstellern machen.

Hier geht's zum Masterplan Pflege:



Wen trifft der blau-schwarze Sozialkahl Schlag?

FPÖ und ÖVP kürzen massiv bei sozialen Leistungen. Für wen sie damit das Leben schwerer machen, versuchen sie allerdings zu verschleiern.

Frau B. staunte nicht schlecht, als sie den Bescheid für ihre Wohnunterstützung bekam. Die Mindestpensionistin bekam heuer rund hundert Euro weniger. Die Summe mag für manche Politiker nicht der Rede wert sein – Menschen mit Mindestpension spüren solche Verschlechterungen angesichts der Teuerung schmerzlich. Mit dem heurigen Jahr hat FPÖ-Landesrat Amesbauer die jährliche Inflationsanpassung der Wohnunterstützung abgeschafft. Angesichts der rasch steigenden Wohnkosten eine deutliche Verschlechterung. Als Trost hat er den Menschen versprochen, dass die Unterstützung nicht weniger werden würde. Das hat sich als falsch herausgestellt. Grund dafür sind die Einkommensregeln. Selbst mit der Mindestpension verdient man zu viel für die Maximalbeihilfe. Schon eine kleine Pensionsänderung wirkt sich negativ aus. Die FPÖ ignoriert das Problem.

Besonders betroffen: österreichische Staatsbürger:innen und Kinder

Frau B. ist nur eines von vielen Beispielen, wie sich der Kahl Schlag der Landesregierung im Sozialbereich auf die Steirerinnen und Steirer auswirkt. FPÖ und ÖVP haben versucht, die Verschlechterungen damit zu kaschieren, dass sie vor allem

KPÖ-Landtagsabgeordneter Alexander Melinz: „Jene, die es ohnehin nicht leicht haben, werden vor noch größere Schwierigkeiten gestellt.“



Nicht-Österreicher:innen treffen würden. Doch das stimmt nicht. Der Großteil der Menschen, die davon betroffen sind, sind österreichische Staatsbürger:innen. So auch Frau S., eine alleinerziehende Mutter von drei Kindern. Sie wurde gekündigt und bekommt nur wenig Arbeitslosengeld, weshalb sie mit der Sozialunterstützung aufgestockt. Diese wurde von Landesrat Amesbauer (FPÖ) aber massiv gekürzt. Alleinerziehende und Kinder bekommen deutlich weniger, auch der Höchstsatz wurde deutlich gesenkt. Für Frau S. und ihre drei Kinder heißt das, dass sie nun mit über 500 Euro weniger im Monat zur Verfügung haben. S. musste sogar überlegen, ob sie das warme Essen im Kindergarten abbestellen muss. Mit dem „Belohnen von Leistung“, wie FPÖ und ÖVP ihre Kürzungen bezeichnen, hat das freilich nichts zu tun. Menschen in Ausbildung und Menschen mit niedrigem Einkommen werden von dieser Politik bestraft.

KOMMENTAR

Für oder gegen die Menschen?

Seit eineinhalb Jahren stellt die SPÖ nicht nur den Landeshauptmann, sondern auch den Soziallandesrat. Was ist die Bilanz der Regierung? Eine nüchterne. Es wurde keine einzige Maßnahme gesetzt, die den Menschen mit der Teuerung hilft. Es gab keine einzige Maßnahme gegen die steigenden Wohnkosten. Probleme in der Kinder- und Jugendhilfe wurden nicht behoben. Stattdessen wurden die Beihilfen des Landes massiv verschlechtert: Kürzungen bei der Sozialunterstützung, die Familien oder Leute in prekären Arbeitsverhältnissen hart treffen. Die Inflationsanpassung der Wohnunterstützung wurde abgeschafft, Mieten und Betriebskosten steigen aber. Beim Heizkostenzuschuss wurden bürokratische Hürden eingezogen. Die Einkommensgrenzen für den Kautionsfonds seit Jahren nicht angepasst...

Landesrat Amesbauer von der FPÖ scheint mehr Energie darauf zu verwenden, gegen die Menschen zu arbeiten als für sie. Es sind die arbeitenden Leute, Pensionist:innen, kranke Menschen und Kinder etc., denen so immer mehr an Absicherung weggenommen wird.

ds

7. Februar 2026

Große Pflege-Demonstration in Graz mit rund 400 Teilnehmenden

10. Februar 2026

Dringliche Anfrage im Landtag

28. April 2026

Anfrage im Landtag

12. Mai 2026

Präsentation des Masterplans der Pflege des Arbeitskreises

19. Mai 2026

Pflegeaktion in der Herrngasse · Aktuelle Stunde im Landtag

10. Juni 2026

Austausch Kornhäusl · Übergabe der Petition (über 14.000 Unterschriften)

19. Juni 2026

Vorschlag Kornhäusl: Kostenbeitrag vom Urlaubsgeld der Bewohner:innen einheben

Die Steiermark spricht



FPÖ und ÖVP haben Christian Köck als Berater geholt. Er soll ihnen „helfen“, bis zu 300 Millionen Euro im Landesbudget zu kürzen. Seine Vorschläge dafür wurden in den Sozialen Medien sehr kontrovers diskutiert. Einige der hundert Kommentare lesen Sie auf dieser Seite.

Wäre ich noch da?

Man hat mich 1978 auch schon einmal in die letzte Ecke eines Spitals abgeschoben, weil man nicht wusste, ob ich überleben werde. Ich verdanke es dem Druck meiner Eltern, dass ich von dort wieder auf die Intensivstation und letztlich ins Leben zurückgeholt wurde.

Uri G., Instagram

Mein Leben einsparen

Mir haben die Ärzte nur noch 48 Stunden gegeben. Durch diese Sparmaßnahme hätte man mein Leben „einsparen“ können.

Alfred H., Instagram

Wen wundert es?

Tja, das passiert wenn Rechte in der Regierung sind.

Werner M., Facebook

Wahnsinn!

Weiß Herr Kornhäusl überhaupt, wie wenig den Bewohnern als Taschengeld übriggelassen wird? Den Bezug zur Realität komplett verloren...

Barbara N., Facebook

Bei den Reichen streichen

Klar, die Alten können sich eh nicht wehren, nehmt ihnen nur alles weg! Zuerst werden die wohlverdienten Pensionen gekürzt, für die sie ihr Leben lang gearbeitet und Steuern gezahlt haben. Und wenn sie alt und krank sind, und in ein Pflegeheim müssen, werden sie sowieso geschröpft. Und jetzt wollen sie auch noch vom 13. und 14. was haben. Hallo,

geht es noch? Holt euch doch das Geld bei denen, die genug haben!

Heidi G., Facebook

Der letzte Groschen

Hoffentlich kommt er selbst einmal in die Situation, mit 180 Euro im Monat leben zu müssen. Der letzte Wunsch, ein Einzelzimmer im Pflegeheim zu haben, das noch 200 Euro im Monat extra kostet, geht sich finanziell nur mit der 13. und 14. Pension aus! Es ist echt unglaublich.

Martina M., Facebook

Die „Volkspartei“

Auf ihre Art löst die ÖVP den Generationskonflikt. Bei ihr sind sowohl die jungen wie die alten Leute gear***t!

Thomas T., Facebook

Speck wegschneiden

Ich sehe zu viel Speck und enorm viel Sparpotential bei Politikern und deren ach so qualifizierten Beratern.

Manuela P., Facebook

Am Futtertrog

FPÖVP war schon immer ein Selbstbedienungsverein. Leistungen kürzen, sich selbst bereichern.

Georg Z., Facebook

Leben einsparen?

Finanzielle Gründe dürfen keinen Einfluss auf Leben und Sterben von Menschen haben!

Johannes G., Facebook

Wohin geht die Reise?

Sowas zu lesen macht mich fassungslos. Wo um alles in der Welt ist denn bloß unsere Menschlichkeit verloren gegangen? Sind wir doch bloß noch

eine europäische Version der Amis, die alles, aber wirklich alles dem Geld opfern? Geflüchtete, Asylbewerber, „Ausländer“ – damit hat es angefangen. Dann hat man LGBTQI+ als weiteres Hassobjekt in den Blick genommen. Und jetzt noch Menschen, die im Spital um ihr Leben ringen? Weg damit, was solls, Hauptsache, ein bisschen Geld gespart? Ich dachte, der Hass auf alles nicht 08/15-Mäßige wäre schon kaum noch zu toppen für ein bisschen Macht und Kohle. Aber das ist an Widerwärtigkeit, Unmenschlichkeit und Abartigkeit nicht mehr zu überbieten.

Julia C., Facebook

So sind sie

Dieser Mann war übrigens Politiker des Liberalen Forums, das bei den Neos untergekommen ist.

Walter B., Facebook

ÖVP-Gesundheitslandesrat Kornhäusl findet es „überlegenswert“, Menschen in Pflegeheimen auch noch Teile ihres 13. und 14. Pensionsbezugs abzunehmen, um „das Pflegesystem zu finanzieren.“ Eine Millionärssteuer findet die ÖVP hingegen „ungerecht“...



So nicht!

Widerliche Forderung. Ich würde alternativ all diese überbezahlten Kornhäusls zur Kasse bitten!

Martina M., Facebook

Es reicht!

Wie pietätlos soll unsere Gesellschaft noch werden? Es bleibt den Bewohnern von Pflegeheimen eh

nichts mehr übrig, und da will er auch noch den 13. und 14. Pensionsbezug wegnehmen?

Sabine B., Facebook

Skrupellos

Die ÖVP schreckt vor nichts zurück.

Gabriella S., Facebook

Singen für den guten Zweck: 1.200 Euro für die Krebshilfe

Ein Abend voller Musik, guter Stimmung und großem Engagement: Beim Benefiz-Karaoke im Volkshaus Graz wurde nicht nur mit großer Begeisterung gesungen, sondern auch großzügig gespendet. Viele kleine und große Beiträge haben gezeigt, wie viel man gemeinsam bewegen kann. Insgesamt konnten so 1.200 Euro gesammelt werden, die im Anschluss an die Krebshilfe Steiermark übergeben wurden.

Eine Krebsdiagnose zieht Betroffenen und ihren Angehörigen oft den Boden unter den Füßen weg. In dieser Ausnahmesituation gibt die Krebshilfe Halt. Mit Informationen, Beratung und Hilfe

– und das völlig kostenlos. „Dass wir diese wichtige Arbeit mit dem Erlös unseres Benefiz-Karokes unterstützen können, freut mich sehr. Es zeigt, wie viel möglich ist, wenn Menschen zusammenkommen und Verantwortung füreinander übernehmen“, betont KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler**.

Die Organisator:innen bedanken sich bei allen Mitwirkenden und Spender:innen für ihren Einsatz und weisen darauf hin, dass die Krebshilfe Steiermark auch weiterhin auf Unterstützung angewiesen ist. Alle Infos dazu findet man unter <https://www.krebshilfe.at/>.



BUCHTIPP

Seit einigen Jahren greift die Europäische Union zu einem Instrument, das die Fundamente des Rechtsstaats infrage stellt: Sanktionen gegen Personen und Organisationen, verhängt ohne Gerichtsverfahren, Anhörung oder Verteidigung. Tausende Menschen landen auf schwarzen Listen, ihre Vermögen werden eingezogen und ihre Bewegungsfreiheit beschränkt.

Anhand konkreter Fälle – darunter drei Deutsche, die auf EU-Listen gelandet sind – zeigt Hofbauer, wie schnell politische Abweichung zur materiellen Vernichtung und zum gesellschaftlichen Ausschluss führen kann.

„Aller Rechte beraubt“ ist eine Analyse einer stillen Machtverschiebung: von der Gewaltenteilung zum Ausnahmezustand. **Hannes Hofbauer: Aller Rechte beraubt. Mit außergerichtlichen EU-Sanktionen zum autoritären Staat**
Promedia 2026. 224 S. € 22,00.
ISBN: 978-3-85371-556-7.



Volksstimme- Fotowettbewerb



**Fotografieren Sie Ihr
„Sommer-Liebblingsplätzerl“
in der Steiermark,
schicken uns das Foto und nehmen damit
an unserem Gewinnspiel teil.**

Schicken Sie Ihr Bild digital oder per Post mit einer kurzen Bildbeschreibung (Welcher Ort ist zu sehen und warum ist das Ihr persönlicher Lieblingsplatz?) an E-Mail: ltk-kpoe@stmk.gv.at bzw. Post: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz

Weiters benötigen wir Ihren Namen sowie die Kontaktdaten, unter denen wir Sie im Falle eines Gewinnes verständigen können. (Ihre persönlichen Daten werden nach Beendigung des Gewinnspiels gelöscht).

Wichtig: Jeder Teilnehmer:in muss im Besitz sämtlicher Rechte an seinen/ihren Bildern sein.

Einsendeschluss ist Dienstag, 15. September 2026.

Unter der Vielzahl der eingereichten Bilder wird die Redaktion fünf Hauptpreise in Form von Sachpreisen kürten.

Im Falle eines Gewinns verständigen wir Sie Anfang Oktober.

Veröffentlichungsrecht:

Mit der Teilnahme am Fotowettbewerb erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr eingedichtetes Foto mit Namen gegebenenfalls in der Volksstimme veröffentlicht wird. Teilnehmen können alle Leser:innen mit Bildern ihres „Sommer-Liebblingsplätzerls“ in der Steiermark. Vor der Teilnahme ausgenommen sind Mitglieder der Volksstimme-Redaktion sowie deren Angehörige. Der Teilnehmer/die Teilnehmerin erklärt sich mit den Bedingungen des Fotowettbewerbs in allen Punkten einverstanden.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller und Verleger: Landtagsklub der KPÖ Steiermark, Herrengasse 16/3, 8010 Graz. Für den Inhalt verantwortlich: Jakob Matscheko. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 0316 / 877-5102. Fax 0317 / 877-5108. Fotos: KPÖ, Adobe Stock, Unsplash.
E-Mail: jakob.matscheko@kpoe-steiermark.at



STEIRISCHE
Volksstimme

Offenlegung: Die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen und tritt für eine Stärkung des Sozialsystems und gegen Privatisierung von Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

produziert gemäß Richtlinie Uz24 des Österreichischen
Umweltzeichens, Druck Styria GmbH & Co KG, UW-Nr. UZ24-1417

Was uns ein- und auffällt...

...dass der blaue **Anti-Sozial-**landesrat **Hannes Amesbauer** Menschen in Härtefällen auf 0 (!) Euro Sozialunterstützung kürzt, aber selbst **17.500 Euro** brutto pro Monat kassiert.



...dass die EU eine große **Kampagne für „freie Presse“** plakatieren lässt, während sie **kritische Journalisten** wie Hüseyin Dođru und Jacques Baud wegen „falscher Informationen über politisch kontroverse Themen“ auf die **Sanktionsliste** setzt.



...dass **Österreichs Superreiche** von 2008 bis heute **76,4 Milliarden (!) Euro** vererbt bekommen haben, ohne dafür einen Finger zu rühren und **ohne einen Cent Steuer dafür zu bezahlen.**



...dass laut einer Umfrage des Peter-Hajek-Instituts satte

74 Prozent für eine stärkere Besteuerung großer Vermögen sind, ÖVP, FPÖ und Neos eine Millionärssteuer aber auf Biegen und Brechen verhindern.



...dass der **Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen** in Österreich noch immer **17,6 Prozent** pro Arbeitsstunde beträgt, die Industriellenvereinigung mehr Lohntransparenz aber verbissen bekämpft.



...dass die Arbeiterkammer aufgedeckt hat, dass **Mieterinnen und Mieter in Altbauten** im letzten Jahr rund **168 Millionen Euro zu viel Miete bezahlt** haben, weil Vermieterinnen und Vermieter gesetzliche Abschläge oft ignorieren und befristete Verträge oft nur mit horrenden Preissprüngen verlängern.

...dass **Elon Musk** im Juni der **erste Billionär** der Geschichte wurde. Würden Sie jeden Tag eine Million Euro verdienen, wären Sie **in 27.000 Jahren auch so reich.**



...dass **in der Steiermark 28.000 Kinder und Jugendliche armutsgefährdet** aufwachsen müssen und die neue „verschärfte“ Sozialhilfe diese Misstände noch weiter verschlimmern wird.



...dass die **Landesregierung** einen **Berater engagiert** hat, der unser **öffentliches Gesundheitswesen als „fettes Schwein“** bezeichnet hat und „kleine Spitäler aus Kostengründen sperren“ will. FPÖ und ÖVP ist seine „Expertise“ **104.000 Euro** wert.



...dass **die reichsten 500 Österreicherinnen und Österreicher** – 0,005 % der Bevölkerung – fast

40 Prozent des gesamten Vermögens besitzen, während die „untere“ Hälfte der Bevölkerung mickrige drei Prozent des Vermögens unter sich aufteilen muss.



...dass die Vereinten Nationen festgestellt haben, dass Israel seit Oktober 2023 mehr als **20.000 palästinensische Kinder im Gazastreifen** ermordet hat und dort einen Völkermord verübt. Trotzdem werden weiterhin **österreichische Waffen** nach Israel exportiert. Außenministerin Meinel-Reisinger bezeichnet sich immer noch als „Freundin Israels“.



...dass **ÖVP-Gesundheits-**landesrat **Kornhäusl** nach den großen Pflegeprotesten der KPÖ im Februar einen „**Masterplan Pflege**“ **angekündigt** hat, aber bis heute **keine einzige Zeile vorgelegt** hat.



Sie wünschen sich eine soziale Alternative zur abgehobenen Politik der etablierten Parteien?

Dann möchten wir Sie herzlich einladen, bei uns mitzumachen!
Kontaktieren Sie uns, denn ohne Sie sind wir eine/r zu wenig!



✉ mitmachen@kpoe-steiermark.at

☎ 0316/877 51 04

🌐 kpoe-steiermark.at/mitmachen